

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unser PRESSE-Kommentar

Hitler und die Rüstung

In der «Tagwacht» vom 31. März 1976 bezeichnet Elisabeth Zäch die von Präsident Ford angestrebte (oder angeblich angestrebte) Friedenssicherung durch Stärke als ein gefährliches Prinzip. Denn wenn mangels «Einsatzmöglichkeiten» keine neuen Waffen mehr gebraucht werden, «muss man da nicht irgendwo ein kleines Rächlein entfachen»?

Das ist eine rhetorische Fragestellung, deren Logik weitherum unangefochten anerkannt wird. Grund genug, sich ausserhalb der rhetorisch erwarteten Zustimmung mit ihr zu befassen (an diesem Beispiel so gut wie an einem beliebigen andern).

Das uralte Profitdenken also. Weil Waffen bereitgestellt sind, will «man» sie in einem Krieg zum rentieren bringen. Wer? Die Rüstungsindustrie natürlich. Aber wie natürlich ist das? Wo liesse sich auch nur ein einziger kriegerischer Konflikt nennen, der einfach «von der Rüstungsindustrie entfacht» worden wäre?

Denken wir an den Fall des Nationalsozialismus und seiner kriegerischen Voraussetzungen: Deutschland war in den zwanziger Jahren völlig abgerüstet worden. Hitler ergriff die Macht, ohne dass ein militärisches Machtinstrument auch nur vorhanden gewesen wäre. Was ihn zum Kriege drängte, war bestimmt kein einsatzberei-

tes Waffenarsenal; das gab es nämlich nicht. Zum Krieg kam es trotzdem. Weil die Politik der Nazis aggressiv war. Und um diese aggressive Politik international durchsetzen zu können, rüstete das NSDAP-Regime auf.

Der politische Wille entscheidet über Krieg und Frieden, nicht ein Machtinstrument, das sich sozusagen selbständig machen würde.

Allerdings: ein politischer Wille ohne Machtinstrument kann sich gegenüber einem gerüsteten Gegner nicht durchsetzen. So lautet die Alternative: Selbstaufgabe oder Selbstbewaffnung. Der einseitige Rüstungsverzicht führt nicht zum Frieden, es sei denn als blosser Integration in ein anderes Machtsystem (in dem man dann nichts mehr zu sagen hat), das seinerseits einseitig aufgerüstet hatte.

Die Westmächte hatten es vor dem Zweiten Weltkrieg unterlassen, der nationalsozialistischen Aufrüstung entgegenzutreten, weil sie Hitler «nicht provozieren» wollten. (Und heute ist das Motiv der Provokationsvermeidung wiederum ganz exklusiv im Westen anzutreffen). Diese Politik des «Appeasements» hat den Krieg nicht verhindert; sie ist uns allen vielmehr teuer zu stehen gekommen.

Nach 1945 hat die Sowjetunion als einzige Macht weitergerüstet. Sie brach das amerikanische Nuklearmonopol und erzielte einen Vorsprung in der Raketentechnik. Heute stellt sich für den Westen nunmehr schon in letzter Minute die Frage nach Selbstaufgabe oder Aufrüstung. Weil gegenüber Diktaturen das «Appeasement» nicht einmal unter dem Namen Entspannung den Frieden zu sichern vermag. MK

Dementi mit Illustration

Das Dementi ist häufig genug die unfreiwillige Form der Bestätigung. Noch grösser werden die diesbezüglichen Möglichkeiten, wenn zwei Dementis zur gleichen Sache einander komplettieren.

Eine besonders schöne tschechoslowakische Doppelbemühung zur Widerlegung einer Lüge lässt sich in der Märznummer der Zeitschrift «Glaube in der 2. Welt» (Küsnacht-ZH) finden. Dort hat Helene Posdeeff ihr «Nairobi-Tagebuch» in einer abschliessenden dritten Folge veröffentlicht. Diese Aufzeichnungen über die verschiedenen Voten an der Konferenz des Weltkirchenrates vom letzten Herbst enthalten überhaupt eine Fülle von aufschlussreichen Dingen. Aber nun zu zwei Wortmeldungen vom 30. November 1975:

Der tschechoslowakische Bischof Michalko dankte der CSSR-Regierung für ihre Gesetze zur Einhaltung der Menschenrechte und fuhr fort:

«Wenn gesagt wird, es gebe bei uns keine Religionsfreiheit, dann ist das eine Lüge.»

Bischof Michalko wurde dann anschliessend von Dr. Hromadka, einem andern Vertreter aus der Tschechoslowakei, sekundiert:

«Ebensowenig (wie gegen das sozialistische Herrschaftssystem kämpfen) wollen wir auf illegale Weise Bibeln aus dem Ausland bekommen, vor allem dann nicht, wenn politische Proklamationen in sie hineingelegt sind. Das ist für uns schädlich. Unser Land ist eng verbunden mit der Sowjetunion.»

Verfolgungen gibt es nicht. Nur darf man sich nicht gerade so verhalten, als ob das stimme; sonst hat man den Schaden zu tragen. Q. E. D. ■

FACETTEN zum Alltag drüben

Wenn zwei Eheleute sich scheiden lassen, was ist da vordringlich zu regeln? Raten Sie einmal... Ja? Und hier haben Sie die richtige Antwort: Die künftig getrennte Benutzung der weiterhin gemeinsamen Wohnung. Hatten Sie das? Nein? Tja, dann müssen Sie wohl im Kapitalismus zu Hause sein, Sie Element mit rückständigen Vorstellungen.

In Polen ist am 1. März 1976 ein neues Gesetz über Familienrecht in Kraft getreten. Es ist offensichtlich bemüht, auf die Realitäten abzustellen, und das heisst insbesondere auf Wohnverhältnisse, die es nicht zulassen, dass geschiedene Familien getrennt wohnen.

Ueber das neue Gesetzbuch führte die «Zycie Warszawy» (20. 3. 1976) ein Gespräch mit einem Vertreter des Warschauer Wojewodschaftsgerichtes, Richter L. Grygolajty. Der für unsere Frage relevante Auszug aus dem Interview:

«Zycie Warszawy»: «Die Gerichtsvollmachten in Scheidungsfragen sind ausgedehnt worden. Wor-auf zielen sie?»

Richter Grygolajty: «Die Aenderungen gehen

tatsächlich weit. Nach den bisherigen Vorschriften hatte sich das Gericht bei einem Scheidungs-urteil darauf zu beschränken, die Schuldfrage zu klären, über die Ausübung der elterlichen Rechte zu befinden und die Höhe der Alimente festzusetzen. Dagegen war es nicht befugt, über eine so wichtige Frage wie die Benutzung der gemeinsamen Wohnung zu entscheiden. Das neue Gesetz verpflichtet das Gericht auch diesbezüglich zu einem Entscheid. Das Gericht muss also bestimmen, wie die geschiedenen Ehepartner die einzelnen Räumlichkeiten der gemeinsamen Wohnung benützen sollen. Das löst zwar das Grundproblem des Wohnens nicht, verhindert jedoch Streitigkeiten über die gesamte Wohnraumbenützung. Das Gericht kann z. B. entscheiden, dass Frau und Kind das grössere Zimmer beanspruchen dürfen, wogegen der Ehemann mit dem kleineren Zimmer vorlieb nehmen muss; die übrigen Räumlichkeiten (Küche, Toilette, Badezimmer) werden von der ganzen Familie gemeinsam benutzt.»

★

Wie Richter Grygolajty sagt, das Grundproblem des Wohnens wird damit nicht gelöst. Aber vielleicht kann es so einem westlichen Publikum als Bestandteil des sozialistischen Alltags ein bisschen sichtbar gemacht werden. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Und wie uns nicht zuletzt die Anhänger der alternativen Ordnung doch so gründlich beigebracht haben: Gesellschaftliche Probleme bestehen nicht einfach, sondern werden verursacht. Vom System, wohlverstanden. Gilt die Erkenntnis? ■

Zitiert...

«Was hatten sich denn diese Leute [die sich ihren revolutionären Tatendrang eben nur im Ueberfluss der Hochkonjunktur geleistet hatten] unter Kampf, Revolution und Sozialismus vorgestellt (Worte, die sie immer im Munde führten)? Etwa subventionierte Flohnerie? Ich gehe mit Euch einig: Nicht nur in nächster Zukunft, sondern erst recht im Sozialismus wird die Parole anfangs Gültigkeit haben: Mehr Arbeit, mehr Mühe, mehr Kampf, weniger Lohn, weniger ‚Freizeit‘, weniger Konsum und Luxus.»

Leserbrief in der Aprilnummer 1976 von «focus», Zürich.

(Und wenn man die Aussichten für den anfänglichen Sozialismus liest, wird man gewahr, dass sämtliche sozialistischen Staaten einschliesslich des 60jährigen Sowjetruslands immer noch im vorübergehenden Anfangsstadium stecken, samt dem vergessenen «mehr Militär und mehr Polizei».)